

Treffen mit Bundesjustizminister Maas

Von unserem Landesjugendvorsitzenden David Maaß



David Maaß, Foto: GdP

Am Montag, 29. 8. 2016, besuchte der Landesvorsitzende der SPD Saar und Bundesjustizminister Heiko Maas die JUNGE GRUPPE in der GdP-Landesgeschäftsstelle.

Wir wollten dieses Treffen nutzen, um mit Heiko Maas wichtige Themen wie den Personalabbau sowie den in unseren Augen zu schwachen § 113 StGB zu besprechen. Das knapp 90-minütige Gespräch verlief sehr konstruktiv und schürte die ein oder andere Gewerkschaftshoffnung.

Wir stellten Heiko Maas zuerst unsere Aktion „4 nach 5 vor 12 – Zeit für Sicherheit“ vor, die mit über 3000 unterzeichneten Postkarten ein sehr positives Ergebnis hatte. In unseren Augen ist die Erhöhung der Einstellungszahl für 2016 und 2017 auf 110 neue Anwärtinnen und Anwärter ein Schritt in die richtige Richtung, jedoch bewirkt sie keinen Stopp des Personalabbaus in unserer Behörde. Da in den letzten beiden Jahren lediglich 80 Neue eingestellt worden sind, müsste, wie im Koalitionsvertrag festgeschrieben, die Einstellungszahl in den beiden Folgejahren bei mindestens 120 liegen. Selbst dann würde die Behörde bis 2020 noch die angestrebten 300 Stellen abbauen. Die Argumentation mit der Lebensarbeitszeitverlängerung zieht bei uns nicht, da diese damals bei der Festlegung der Richtzahl von 100 bereits Thema gewesen war.

Heiko Maas gab uns zu verstehen, dass die Zahl 110 eine politische Zahl sei. Weiterhin sagte er, dass die SPD im Bund wie auch im Land sich für mehr Polizei einsetzen wird. Allerdings müsste jedem bewusst sein, dass das Saar-

land an harte Sparzwänge der Schuldenbremse gebunden sei. Aufgrund der aktuellen sicherheitspolitischen Entwicklung müsse jedoch Kontinuität in die Einstellungszahl gebracht werden. Nach seinen Angaben sei ein Abrücken von den derzeitigen 110 Neueinstellungen pro Jahr für die nächsten fünf Jahre nicht vertretbar; die Sicherheitslage würde ferner einen weiteren Abbau nicht mehr rechtfertigen.

Ein weiteres immens wichtiges Thema war die von uns angestrebte Strafverschärfung des § 113 StGB (Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte) resp. die Neueinführung des § 115 StGB, der den tätlichen Angriff losgelöst von der Vollstreckungshandlung beschreibt. Die Deliktzahlen sprechen für sich, gerade weil die Zahl der Widerstandshandlungen im Bund bei knapp 60 000 Fällen pro Jahr sowie im Saarland bei 450 Fällen pro Jahr liegt. Nicht selten werden hierbei Kolleginnen und Kollegen schwer verletzt. Die Gesellschaft scheint zu verrohen; die Polizei wird als Repräsentant

per eines anderen zielende Einwirkung ohne Rücksicht auf ihren Erfolg) von der Vollstreckungshandlung getrennt werden, da Polizistinnen und Polizisten immer öfter aus dem Nichts heraus angegriffen werden. Bei der derzeitigen Regelung findet der § 113 StGB dann keine Anwendung, weshalb lediglich der § 223 StGB (Körperverletzung) greift. Der Rechtsbegriff „Tätlicher Angriff“ benötigt keinen Körperverletzungserfolg, weshalb auch Schläge, die beispielsweise die Beamtin/den Beamten nicht treffen, unter diesen Begriff subsumiert werden können. Es ist aus unserer Sicht unverständlich, dass der aktuelle § 113 StGB eine Höchststrafandrohung von drei Jahren hat, wohingegen die normale Körperverletzung (§ 223 StGB) eine Höchststrafandrohung von fünf Jahren besitzt. Der Polizei wird vom Gesetzgeber ein erhöhtes Vertrauen geschenkt, das sich in den Amtsdelikten, wie z. B. der Körperverletzung im Amt (§ 340 StGB), negativ aufgrund der normierten Mindeststraf-



Gute Gespräche: Bundesjustizminister Maas beim Landesjugendvorstand Foto: Lothar Schmidt

des Staates gesehen, an dem Frust und Aggression ungehindert ausgelassen werden könne. Hinter jeder Uniform steckt ein Sohn, eine Tochter, ein Bruder, eine Schwester, ein Vater, eine Mutter. Die JUNGE GRUPPE Bund macht dies medial mit ihrer Aktion „Auch MENSCH“ deutlich, die wir Heiko Maas an dieser Stelle vorgestellt haben.

In unseren Augen muss der tätliche Angriff (Def.: Die in feindseliger Willensrichtung unmittelbar auf den Kör-

perverletzung gem. § 223 StGB nicht existiert, für Amtsinhaber auswirkt. Aus unserer Sicht ist es im Umkehrschluss ein fatales Zeichen an die Öffentlichkeit, wenn § 113 StGB milder als § 223 StGB bestraft wird. Uns ist klar, dass der derzeitige § 113 StGB bei Körperverletzungserfolg vom § 223 StGB konsumiert wird; jedoch ist uns

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

nicht klar, warum der Staat hier kein Zeichen setzt, um die angemessen zu schützen, die ihn schützen. Aus diesem Grunde bedarf es einer Loslösung des tätlichen Angriffs von der Vollstreckungshandlung, eine Festschreibung einer Mindeststrafandrohung sowie eine Anhebung der Höchststrafandrohung, um dem polizeilichen Gegenüber deutlich zu zeigen, dass der Staat hinter seiner Zielscheibe „Polizei“ steht. Das Wichtigste: Es kostet nichts!

Heiko Maas teilte uns hier mit, dass ihm die Problematik der steigenden Gewalt gegen die Polizei bewusst sei. Der § 113 StGB schütze in erster Linie die Vollstreckungshandlung. Bei der Vollstreckungshandlung sei die Rechtmäßigkeit der Maßnahme vordergründig. Zu prüfen sei auch, wie weit der Schutz der Polizei bei einer Gesetzesnovellierung reichen soll. So müsse gefragt werden, ob die Polizei durch den § 113 StGB/§ 115 StGB auch im privaten Umfeld geschützt sei. Außerdem seien auch andere Amtsinhaber, beispielsweise Lehrerinnen und Lehrer, von steigender



Heiko Maas unterstützt Aktion der Jungen Gruppe: Auch Mensch Foto: Florian Legleitner

Gewalt betroffen. Hier müsse ein Kompromiss gefunden werden. Demnach seien für die KW 36 Gespräche innerhalb der SPD in Berlin geplant, die dieses Thema behandeln werden.

Wir hoffen, dass gerade das Thema des § 113 StGB in nächster

Zeit vorangetrieben wird und wir als Landesjugendvorstand den Stein wieder ins Rollen gebracht haben.

Wir bedanken uns bei Heiko Maas für das Treffen und das konstruktive und freundliche Gespräch!

„SICHERHEITSPAKET 4“

110 Neueinstellungen für die Jahre 2016 und 2017

GdP begrüßt die kurzfristige Initiative von Klaus Bouillon

Die Gewerkschaft der Polizei des Saarlandes (GdP) bewertet die schnelle Umsetzung der Innenministerkonferenz-Beschlüsse (IMK) zur personellen Verstärkung der Polizeien der Länder äußerst positiv. Mit der kurzfristigen Initiative des saarländischen Innenministers und IMK-Vorsitzenden Klaus Bouillon, noch im Jahr 2016 zusätzliche Einstellungen in die saarländische Polizei vorzunehmen, sieht sich die GdP in ihrer Forderung nach einer deutlichen Verbesserung der Personalsituation in der Polizei bestätigt. Es gilt aber nun, das personelle Delta der Mindereinstellungen zu überbrücken, bis die jetzt ergriffenen personellen Maßnahmen wir-



Ralf Porzel beurteilt am 1. September im Aktuellen Bericht das Sicherheitspaket IV. Foto: Screenshot

ken. Nur eine dauerhaft kontinuierliche Personalbewirtschaftung mit Einstellungsgrößen von deutlich über 100 führt zur notwendigen Stabilität, um auch auf Sonderlagen angemessen reagieren zu können. In eine kontinuierliche Personalbewirtschaftung ist der Tarifbereich mit einzubeziehen, um die Bindung von Vollzugsbediensteten in administrativen Bereichen zu vermeiden. Die auf

 DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Saarland**

Geschäftsstelle:
Kaiserstraße 258
66133 Saarbrücken
Telefon (06 81) 84 12 410
Telefax (06 81) 84 12 415
Homepage: www.gdp-saarland.de
E-Mail: gdp-saarland@gdp.de

Redaktion:
Lothar Schmidt, Gewerkschaftssekretär
Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Saarland
Kaiserstraße 258, 66133 Saarbrücken
Telefon: (06 81) 8 41 24 13, Fax: -15
Mobil: 01 57-71 72 14 18
E-Mail: Lothar.Schmidt@gdp.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 38
vom 1. Januar 2016
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6489



„SICHERHEITSPAKET 4“

drei Jahre befristete Einstellung von jetzt 20 zusätzlichen Tarifbeschäftigten hilft bei der Überbrückung des Personaldefizits, eine Entfristung ist aber zur mittelfristigen Konsolidierung im Tarifbereich dringend notwendig.

Hier kann auch das aus unserer Sicht gut gestartete Projekt „Polizeilicher Ordnungsdienst“ (POD) zu einer zusätzlichen Entlastung führen. Ob die entlastende Wirkung durch den POD im erwarteten Umfang eintritt, kann abschließend erst beurteilt werden, wenn alle als „vollzugsfremd“ geprüften Arbeitsfelder (noch offen ist z. B. die Frage der Begleitung von Schwertransporten) umgesetzt sind. Das Projekt POD ist auf zwei Jahre angelegt, und es verbietet sich, vorschnelle Schlüsse zu ziehen, indem man es unmittelbar nach Beginn wieder infrage stellt.

Wir müssen dem erodierenden Sicherheitsgefühl der Bevölkerung mit konkreten Maßnahmen begegnen. Wir dürfen nicht nachlassen in dem Bemühen, die polizeiliche Präsenz in der Fläche sichtbar und greifbar zu stärken. Die Bürger vertrauen in erster Linie einer präsenten Polizei auf öffentlichen Straßen und Plätzen. Es sind aus un-

serer Sicht neben Personalmaßnahmen weiterhin auch umfassende Investitionen in die technische Ausstattung und die Schutzausstattung der Polizei dringend notwendig.

Thema „Sicherheitstechnik – Schutzausstattung“ intensiv diskutieren, um Vorschläge für ein Ausstattungskonzept zu entwickeln.

Ralf Porzel, GdP-Landesvorsitzender

Einladung

Fachtagung
„Sicherheits- und Schutzausstattung“
11. Oktober 2016
13:30 Uhr
In der Aula des Landespolizeipräsidiums

Die vom Kabinett nun zur Verfügung gestellten 945 000 Euro zur Beschaffung von verbesserter Ausrüstung und Schutzausstattung können vor dem Hintergrund der Bedarfe, welche die aktuelle Sicherheitslage erforderlich machen, nur ein erster Schritt sein.

Politisch Verantwortliche haben es bundesweit über Jahre unterlassen, das Personal der Polizei der Sicherheitslage anzupassen und die Ausrüstung auf einem modernen Stand zu halten. Es wurde über Jahre an vielen Stellen auf Verschleiß gefahren. Die Schuldenbremse im Saarland entlarvt sich dabei in allen öffentlichen Bereichen immer deutlicher als Investitionsbremse. Alleine in der Liegenschaft der saarländischen Bereitschaftspolizei ist ein Investitionsstau von mehreren Millionen Euro aufgelaufen.

Wir wollen als GdP am 11. Oktober 2016 im Rahmen einer Fachtagung mit unserem Vertrauensleutkörper und Experten das

KREISGRUPPE SAARBRÜCKEN-STADT

Schutzausstattung

Mann-Ausstattung mit ballistischen Schutzwesten gefordert

Viele Kollegen/-innen auf den Saarbrücker Stadtdienststellen, die dem Kriminaldienst (KD) und Ermittlungs- und Servicedienst (ESD) angehören, verfügen leider nicht über eine persönlich verausgabte Schutzweste. Die betroffenen Kollegen/-innen hatten sich – besonders im Hinblick auf die aktuellen Geschehnisse – Anfang des Jahres an unseren Kreisgruppenvorstand gewandt und um Unterstützung gebeten. Unsere konkrete Nachfrage auf den Stadtdienststellen ergab, dass zwar auf jeder Polizeiinspektion ein gewisser Pool an Schutzwesten vorgehalten wird,



Die Mann-Ausstattung mit Schutzwesten sollte auch bei uns selbstverständlich sein.

Foto: GdP

dies allerdings mit einer Vielzahl an Problemen verbunden ist, wenn solche Unterziehwesten einer großen Personengruppe zur Verfügung stehen. Die Tatsache, dass der Pool bei einer Großlage überhaupt nicht ausreichend wäre und generell verschiedene Größen im Bedarfsfall nicht zur Verfügung stehen, führt bei den Betroffenen zu Unmut und vor dem Hintergrund der aktuellen Amok- und Terrorlagen zu Unverständnis. Aus unserer Sicht besteht seit geraumer Zeit ein dringender Anpass-

Fortsetzung auf Seite 4



Fortsetzung von Seite 3

sungsbedarf der mittlerweile zehn Jahre alten „Konzeption zur persönlichen Ausstattung der Beamten/-innen der Vollzugspolizei mit ballistischen Schutzwesten“ an die aktuell vorherrschenden Gegebenheiten. Aus diesem Grund richteten wir im März 2016 eine schriftliche Anfrage an die Direktionsleitung des LPP 4. Von dort erging Ende Mai 2016 ein Antwortschreiben, in dem mitgeteilt wurde, dass der von uns reklamierte Bedarf gedeckt sei, jedoch die Fachdienststelle des LPP 4 aktuell damit beauftragt wurde, die derzeitige Ausstattungskonzeption mit persönlichen Schutzwesten sowie das Konzept bzgl. der Bereitstellung von Poolwesten zu evaluieren. Der einzige Haken daran ist, dass all diese Evaluationserkenntnisse und Zeitpläne in weiter Zukunft liegen. Unser Schriftverkehr mit dem LPP 4 fand vor den schrecklichen Taten in München, Ansbach und Würzburg statt, hat aber genau solche Szenarien als Gedankengrundlage gehabt. Die derzeitige Sicherheits- und Gefährdungslage – sei es durch die Terrorgefahr oder die grundsätzlich stark zunehmende Gewaltbereitschaft gegenüber Polizeibeamten/-innen – stellt JETZT ein Problem dar und wartet nicht darauf, dass die saarländische Polizei zu Ende evaluiert hat.

Nun haben wir mit großer Freude vernehmen dürfen, dass unser Innenminister Klaus Bouillon angesichts der aktuellen Sicherheitslage einen erhöhten Bedarf bei der Ausstattung unserer Polizei sieht. So sprach er von „besseren Schutzwesten“ oder gar „gepanzerten Spezialfahrzeugen“, was wir als Gewerkschaft natürlich sehr begrüßen. Besonders unsere Spezialeinheiten wären durch solche Anschaffungen endlich ansatzweise entsprechend ausgestattet.

Unserem Kreisgruppenvorstand, der sich für die Mitglieder auf den Saarbrücker Stadtdienststellen einsetzt, ist es jedoch ein großes Anliegen, dass diejenigen Kollegen/-innen des ESD und des KD, die aufgrund ihres Aufgabengebietes nicht nur Innendienst verrichten, zunächst einmal mit einer persönlichen Schutzweste ausgestattet werden. Würde sich in Saarbrücken ein Szenario wie in München zutragen und mit unserer derzeitigen Personal-, Organisations- und Ausstattungssituation gelöst werden müssen, so müssten ALLE, auch KD und ESD, „raus in den Einsatz“ – ohne eine ausreichende Anzahl an Schutzwesten. Wir fordern ein Min-

destmaß an persönlicher Schutzausstattung, das JEDEM zustehen muss!

Seit Jahren macht die GdP u. a. mit Kampagnen auf die zunehmende Gewaltbereitschaft gegen Polizeibeamte aufmerksam, teilweise lautstark von Politikern unterstützt. Die derzeitige grundsätzliche Sicherheitslage lässt keine Zeit zur Entspannung zu. Aus diesem Grund steuerten wir im August 2016 ein offizielles Schreiben an unseren Innenminister, worin wir ihn aufforderten, die zeitnahe Ausstattung der Kollegen/-innen des ESD sowie des KD mit einer persönlichen Schutzweste zu veranlassen. Eine Forderung, die saarlandweit ein Thema darstellt. Wir bleiben hier natürlich weiterhin am Ball, haken nach und erwarten von Vernunft und Fürsorge getragene Entscheidungen.

Am 11. Oktober 2016 findet um 13.30 Uhr in der Aula der Mainzer Straße in Saarbrücken eine Informati-

onsveranstaltung statt, bei der wir gemeinsam mit Experten aus verschiedenen Bundesländern öffentlich über das Thema „Sicherheitsausstattung“ sprechen und diskutieren möchten. Auch die Medien möchten wir mit einbinden. Es ist, nicht zuletzt aufgrund der aktuellen Geschehnisse, ein reges mediales und öffentliches Interesse rund um die Frage zu erwarten, wieso operative Organisationseinheiten der saarländischen Polizei trotz entsprechender argumentativ unterlegter Forderungen nicht mit einer ganz wesentlichen und heutzutage alles andere als außergewöhnlichen persönlichen Schutzausstattung ausgerüstet sind: der ballistischen Schutzweste!

Zu der Veranstaltung ist unser Vertrauensleutekörper herzlich eingeladen.

Jordana Becker,
Kreisgruppenvorsitzende

POLIZEI
DEIN PARTNER
Gewerkschaft der Polizei

Sa. 29. Oktober 2016
Einlass 19.00 Uhr
Beginn: 20.00 Uhr
Kulturzentrum Saalbau
Homburg

Ball der Polizei
des Landesbezirks Saarland
„Polizei für Bürger – Bürger für Polizei“

„30 Jahre Frauen in der uniformierten Polizei des Saarlandes“

Transatlantic Showband
Tanz- und Programmbegleitung

Big Band des Polizeiorchesters
des Saarlandes
Tanzmusik

Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Saarland
Landesgeschäftsstelle, Kaiserstraße 258, 66133 Saarbrücken,
Telefon: 0681 / 8412410, Telefax: 0681 / 8412415

Veranstalter:
Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Saarland

Eintrittspreis: 12,00 € www.polizeifeste.de Alle Polizeifeste der GdP auf einen Blick.



WILLKOMMEN, P38!

110 Neueinstellungen

Dafür haben wir engagiert gekämpft

Am 30. 8. 2016 hatten die 110 neuen Kolleginnen und Kollegen der P38 ihren ersten Tag in der Bereitschaftspolizei. Natürlich ließen wir uns dieses Ereignis nicht nehmen und waren mit acht Mitgliedern des Landesjugendvorstandes vor Ort. Hier haben wir unsere Taschen sowie weitere Begrüßungsgeschenke an die Neuen ausgehändigt. Wir blickten in fröhliche und erwartungsvolle Gesichter des frischen Studienganges.

Zwei Tage später, also am 1. 9. 2016, fand die Vereidigung der P38 in Illingen in der Illipse statt. Die JUNGE GRUPPE war mit insgesamt 15 Personen anwesend und hat Fotos der neuen Anwärterinnen und Anwärter sowie deren Familien gemacht. Wie gewohnt werden die Bilder auf DVD gepresst und beim Begrüßungsschwenken in der BFE-Halle kostenlos verteilt.

Wir sind froh und zugleich stolz, dass die Einstellungszahl in den letzten Monaten von 80 auf 110 angeho-

ben worden ist. Hierfür haben wir mit unserer Öffentlichkeitsaktion „4 nach 5 vor 12 – Zeit für Sicherheit“ in der vergangenen Zeit ordentlich Wind gemacht, sodass die Erhöhung sicherlich auch zum Teil auf hierdurch aufgewählte politische Köpfe zurückzu-

schaft der Welt sowie der immensen wichtigen Solidarität in der Arbeitswelt zu überzeugen. Denn nur wenn wir zusammenstehen, bewegen wir die Dinge zum Besseren!

David Maaß,
Landesjugendvorsitzender



Gemeinsame Freude auf die Verstärkung durch die neuen Kolleginnen und Kollegen: Herzlich willkommen, P38!

Foto: Florian Legleitner



Erwartungsvoll hört man den aufmunternden Worten von Klaus Bouillon zu.

Fotos: LPP



Der Nachwuchs wird dringend gebraucht! Viel Glück und Erfolg bei der Ausbildung – Wir brauchen Verstärkung!

führen ist! An dieser Stelle will ich erwähnen, dass die Zahl 110 für uns, entgegen der derzeitigen medialen Debatte, keinen Stopp des Personalabbaus darstellt, sondern vielmehr eine Annäherung an die eigentlich versprochenen durchschnittlich 100 einzustellenden Anwärterinnen und Anwärter. Dies heißt für uns, dass bei 110 Neuen noch lange nicht Schluss sein wird!!!

Liebe P38, die Zeiten sind hart; umso wichtiger ist es, dass ihr als neue Verstärkung eingetroffen seid! In nächster Zeit werden wir uns bemühen, euch von den Vorteilen der größten Polizeigewerk-

Deutliche Budgetüberschreitung verbessert die Gesamtbeförderungssituation

Von unserem stellv. Landesvorsitzenden Bruno Leinenbach



Bruno Leinenbach,
Foto: GdP

Rund 209 000 Euro nimmt der Dienstherr für die Beförderungen zum Oktobertermin 2016 bei der saarländischen Vollzugspolizei in die Hand. Damit werden die nach dem Beförderungstermin im April (113 Beförderungen/318 000 Euro) zur Verfügung stehenden Restmittel von rund 137 000 Euro um 72 000 Euro überschritten. Insgesamt können mit diesem Geld 78 Kolleginnen und Kollegen im Oktober 2016 befördert werden (detaillierte Zahlen und Auswahlkriterien hierzu: Flugblätter der GdP oder www.gdp-saarland.de)

Bei der Kandidatenauswahl in den jeweiligen Besoldungsgruppen war es beim letzten Beförderungstermin in der Beurteilungsperiode besonders wichtig, im Hinblick auf verbleibende überdurchschnittlich Beurteilte in den jeweiligen Besoldungsgruppen einen fairen Ausgleich zu finden. So wurden rund 76 Prozent der Beförderungsmittel für die Bereiche A 9 zur A 10 und A 10 zur A 11 verwandt. Dabei wurden auch drei Kandidaten be-

rücksichtigt, die als prüfungsfrei übergeleitete aus der A 10 (mit Doppelzei beurteilt) die A 11 erhalten. Für die Vertreter der GdP und des PHPR war es an dieser Stelle besonders wichtig, dass die Verantwortlichen im Landespolizeipräsidium, beim MFIS bis hin zur Hausleitung geeignete Vorstellungen entwickeln, wie es in diesem Bereich zukünftig gerecht weitergehen soll. Hier ist zu erwarten, dass es nach der nächsten Beurteilungsrunde 3-fach Zweier geben wird und nachvollziehbare Unzufriedenheit und Konkurrentenlagen in der Gesamtgruppe der A11er in der Organisation diskutiert werden.

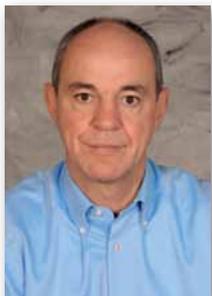
Bei den Beförderungskandidaten der Fachhochschulabsolventen von A 10 zur A 11 wurden von der Hausleitung abgesegnete Organisationsveränderungen auf Grundlage der Arbeit der Evaluierungskommission (EVAKOM) und die darauf aufbauenden Ergebnisse der Dienstpostenbewertungskommission berücksichtigt. In der Gruppe der Dienstposteninhaber auf Führungsebene im Landespolizeipräsidium (A 11 nach A 12) sind 14 Kandidaten ausgewählt worden. Hier wurden lange Gespräche mit den Verantwortlichen geführt für eine deutlichere Schwerpunktsetzung unter Berücksichtigung von Leistungsträgern in dieser Gruppe. Auch Ver-

mittlungsversuche der Vertreter des PHPR im Bereich der Schnittstellenkandidaten zur Berücksichtigung von Sondersituationen konnten keine Verbesserungen herbeiführen.

Insgesamt ist festzustellen, dass der Anteil der überdurchschnittlich Beurteilten, die im zurückliegenden Beurteilungszeitraum befördert wurden im Bereich der A 9 (FHSV 83%/prüfungsfrei übergeleitete 72%), am höchsten ist. Um alle verbliebenen „Rest-2er-Kandidaten“ zu befördern, müssten über 500 000 Euro aufgebracht werden. Diese Situation muss aus Sicht der GdP vor dem Hintergrund der Belastungen und des Leistungsgedankens im nächsten Jahr gelöst werden. Für die künftigen Entwicklungen bei den Beförderungen sind neben den bevorstehenden Ergebnissen der Beurteilungen auch neue Gedankenmodelle angezeigt. Hier müssen faire Perspektiven, insbesondere für die immer größer werdende Gruppe der Fachhochschulabsolventen in der A 9, entwickelt werden. So gibt es in anderen Bundesländern Sonderbeträge bzw. Regelbeförderungen in diesem Bereich. Die Gewerkschaft der Polizei wird, vor dem Hintergrund der derzeitigen Belastungssituationen unserer Kolleginnen und Kollegen in der Polizei, in die Verhandlungen einsteigen.

BRENNPUNKT BEIHILFE

Jetzt wieder kürzere Bearbeitungszeiten



Carsten Baum
Foto: GdP

Im Internet (www.saarland.de/zbs.htm) kann man die aktuellen Bearbeitungszeiten von Beihilfeanträgen ansehen. Mit Stand Anfang September lag die Bearbeitungsfrist wieder bei zwei Wochen.

Dies ist okay und Frucht stetiger Bemühungen der GdP, gemeinsam mit den Schwestergewerkschaften ver.di und GEW im DGB immer wieder Beihilfeprobleme an die Spitze des für das Landesamt Zentrale Dienste/ZBS/Zentrale Beihilfestelle zuständigen Finanzministeriums heranzutragen, so zuletzt in einem Gespräch mit Minister Stephan Toscani und dessen Spitzenbeamten am 11. Juli, an dem seitens der GdP Udo Ewen und Carsten Baum, der die DGB-Delegation anführte, teilnahmen.

Eine neue Chefin sowie strukturelle und personelle Verbesserungen scheinen sich gemäß einer aktuellen Zwischenbilanz positiv auszuwirken, weitere Optimierungen sind beabsichtigt. Mehr darüber soll in einem erneuten Gespräch der DGB-Gewerkschaften mit Minister Toscani am 12. September diskutiert und fixiert werden.

Die GdP hält ihr Wort: Wir bleiben am Ball!

Carsten Baum



AUS DEN KREISGRUPPEN MERZIG-WADERN UND ST. WENDEL

Treffen der (Un-)Ruheständler

Die GdP-Kreisgruppe Merzig-Wadern hatte nach mehrjähriger Pause wieder zum Treffen der Seniorinnen und Senioren im Luna-Park der PI Wadern eingeladen, und viele kamen.

Der Kreisgruppenvorsitzende Arno Adams übernahm die Begrüßung der zahlreichen Gäste. Auch der Leiter der PI Wadern, Andreas Riemenschneider, machte den Ruhestandskollegen seine Aufwartung, während Seniorchef Franz-Josef Groh in gewohnter Manier den Kochlöffel schwang und den Gästen traditionell seinen leckeren Braten zubereitete. Der Gaumenschmaus wurde wegen der unbeständigen Witterung in dem mithilfe von Fredi Frank geschmackvoll



Gemütliche Runde im Lunapark

Foto: C. Wilhelm

hergerichteten Großraumcarport serviert.

Der stellvertretende Landesvorsitzende Bruno Leinenbach überbrachte die Grüße der GdP-Landesspitze sowie unseres Seniorenbeauftragten Artur Jung. Danach stand Leinen-

bach den interessierten Kolleginnen und Kollegen Rede und Antwort zur aktuellen Entwicklung in der GdP und der saarländischen Polizei.

Natürlich stand für die Pensionäre im Anschluss bei Kaffee und Kuchen wieder das Schwelgen in Erinnerungen ganz vorne an, und so war auch mancher laute Lacher zu hören.

Besondere Grüße richteten die Teilnehmer an ihr ältestes Mitglied Julius Brabänder, der kurz nach seinem 92. Geburtstag leider an diesem Tage nicht anwesend sein konnte.

Insgesamt eine sehr gelungene Veranstaltung, die zukünftig wieder regelmäßig in Wadern stattfinden soll.

Christof Wilhelm

Gratulationen



Am 23. August 2016 wurde unser Ruhestandskollege Edmund Zimmer aus Tholey-Bergweiler 75 Jahre alt. Er trat am 1. 10. 1963 in die saarländische Polizei ein und verrichtete nach der Ausbildung zunächst Dienst bei den ehemaligen Polizeirevieren Türkismühle und Tholey. Nach Absolvierung des Kommissarlehrganges war er als DGL bei den Revieren in Neunkirchen und St. Wendel. Von dort führte ihn sein Weg wieder zum PRev Tholey, wo er ADL war. Nach der Polizeireform 1992 wechselte er in den Stab der damaligen PD Ost. Im Jahr 2001 trat er bei seiner letzten Dienststelle in Türkismühle in den Ruhestand.

In der GdP ist Edmund Zimmer bereits seit 1979. Er ist verheiratet, hat einen Sohn und zwei Enkel. War er in den früheren Jahren noch sehr aktiv als Segelflieger (hier auch als Fluglehrer), so wechselte er mit dem Ruhestand das Hobby und geht nun der Jagd in der Schaumbergregion nach.

Die GdP-Kreisgruppe gratulierte durch Klaus Wagner (r.) und Dietmar Böhmer (l.);
Text und Foto: Dietmar Böhmer



Mit Ablauf des Monats August trat in der Kreisgruppe St. Wendel unser Kollege Gernot Müller in den Ruhestand. Gernot Müller war am 1. August 1973 in die saarl. Polizei eingetreten und während seiner 43 Dienstjahre bei dem PRev Bexbach, der VA Homburg und der PBI Neunkirchen (hier von 2003 bis 2008 Präventionsbeauftragter der PBI). In der Zeit von 2009 bis 2013 war er an das LPH berufen worden. Seit 2013 war er PI-Leiter der PI NoTü.

Gernot Müller fand sehr früh den Weg zur GdP und war bereits in der JUNGEN GRUPPE Landeskassierer. Später war er in dem Kreisgruppenvorstand des Saar-Pfalz-Kreises und anschließend acht Jahre Kreisgruppenvorsitzender in Neunkirchen. Des Weiteren war er mehrere Jahre stellvertretender ÖPR-Vorsitzender.

Seit dem Jahr 2005 ist Gernot Müller Ortsvorsteher in St. Wendel-Hoof. Er ist verheiratet, hat zwei Söhne und einen Enkel. Die Kreisgruppe St. Wendel wünscht ihrem jüngsten Mitglied in der Seniorengruppe für die Zukunft alles Gute.
Text und Foto: Dietmar Böhmer



Anzeige

PSW-Reisen GbR, Thomas Cook Reisebüro ist jetzt auch ein „Geprüftes Gesundheitsreisebüro“

Liebe Leserinnen und Leser,

heute stelle ich Ihnen vor, wie Sie eine Kurreise oder auch eine Präventionsreise mit uns gestalten und dabei sehr viel für Ihre Gesundheit tun können und von Ihrer Krankenkasse dafür mit einem Zuschuss noch belohnt werden. Durch Fortbildung meiner Mitarbeiterinnen haben wir eine Zertifizierung als „Geprüftes Gesundheitsreisebüro“ erhalten. Wir haben Kompetenz in der Beratung von Kurreisen, Präventionsreisen, Vitalreisen und Wellnessreisen.

Unsere Kurreisen enthalten immer ein Kurpaket, das den Vorgaben der Krankenkassen entspricht, damit Sie von einer Kostenbeteiligung Ihrer Krankenkasse profitieren können.

Die Präventionsreisen bieten Ihnen variationsreiche Programme, damit Sie Ihr Ziel erreichen. Diese Kurse erfüllen auch immer die Qualitätsstandards der Krankenkassen und werden bis zu 75 Euro pro Kurreise bezuschusst.

Machen Sie also Urlaub und Sie können auch noch sehr viel für Ihre Gesundheit tun, damit Sie wieder fit werden.

PSW-Reisen GbR hilft Ihnen bez. des Antrags für eine ambulante Vorsorgekur bei Ihrer Krankenkasse und auch bei Präventionsprodukten können wir nachfragen, wie viel Sie von Ihrer Krankenkasse als Zuschuss erhalten.

Die Zuschüsse können bei den Krankenkassen verschieden sein.

Es ist auch nicht immer eine ärztliche Indikation nötig.

Rufen Sie uns einfach an, wir beraten Sie gerne.

Nachfolgend zwei Beispiele von Kurreisen:

Hotel Lambert, Henkenhagen/Polen, Ostsee

15 Tage, Kurreise

Leistungen: DZ,HP, Eingangsuntersuchung, 20 Anwendungen

Gesamtpreis: € 398,-

Rückerstattung GKV Medizinische Leistung Arzt und Heilmittel

- € 120,

Unterkunft/Verpflegung 15 x €13,-, von Ihnen noch zu zahlen € 83,-

Thermen Club Hotel Bad Füssing

16 Tage, Kurreise

Leistungen: DZ, Vollpension, Eingangsuntersuchung,

20 Anwendungen

Gesamtpreis: € 1.178

Rückerstattung GKV Medizinische Leistung Arzt und Heilmittel

- € 420,-,

Unterkunft u. Verpflegung, € 195,-,

Neue Angebote Kurreisen:

Urlaub und Kur In Swinemünde/Polen/Ostsee, Hotel Kaisers Garden:

z.B. im November, 7 Nächte HP/DZ, 10 Anwendungen pro Woche und vieles mehr:

€ 278,- p.P.

Entspannen in Kolberg/Westpommern/Ostsee, Hotel Olymp II:

z.B. im November, 7 Nächte HP/DZ, 2 Kuranwendungen pro Werktag und vieles

mehr: € 289,-p.P.

Neue Angebote Präventionsreisen:

Ahorn Seehotel Templin/Deutschland, Brandenburg:

Inkl. zertifizierte Gesundheitskurse, HP plus u.v. mehr, 4 Nächte ab € 225,-

Lindner Sporthotel Kranichhöhe, NRW, 3 Nächte HP ab € 256,-

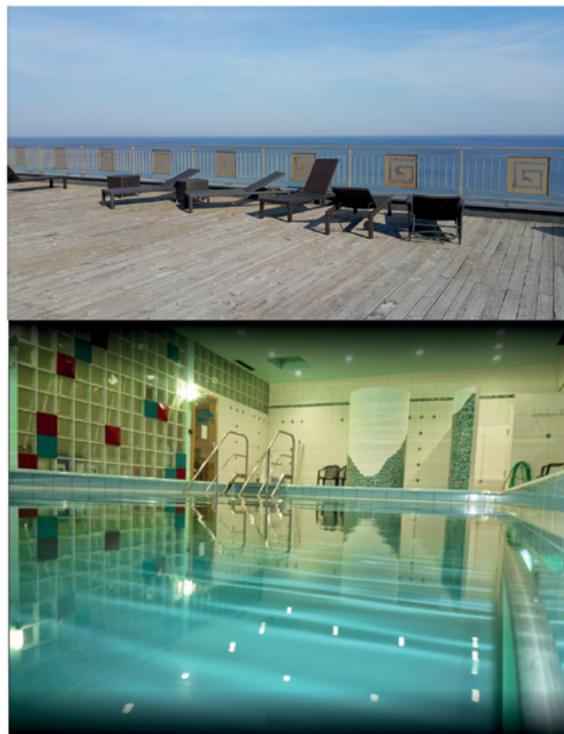
Vitalhotel Wiedemann, Bayern, Allgäu, Füssen

3 Nächte HP im DZ mit großem Präventionsprogramm, bis zu 150 Euro Krankenkassen-Zuschuss möglich ab € 315,-

Wir haben für Sie vielfältige Angebote auch in anderen Orten. Fragen Sie uns einfach. Wir beraten Sie gerne und finden für Sie das richtige Heilbad oder Hotel. Denken Sie daran, dass die vorstehenden Preise sich ohne die Zuschüsse Ihrer Krankenkasse verstehen.

Bei verschiedenen Angeboten sind Abholungen mit dem Bus, bez. Anreise mit der Bahn (fakultativ) möglich.

Nutzen Sie Ihre Chance.







PSW-Reisen
DIE WELT EROBERN



Thomas Cook
Reisebüro

Bei uns können Sie sich noch große Sprünge leisten!

Kaiserstraße 258
66133 Saarbrücken
Tel.: 0681/84124-0

www.psw-reisen.de
psw-saarland@gdp.de

